Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 207. Montag den 28. Juli 1851.

Inhalt. **Preußen.** Berlin. (Amtliches.) — (Personal-Nachrichten.) — (Zur Tageschronik.) — (Der Verein zur Centralisation der Auswanderung.) — Stettin. (Aufenthalt und Abreise Sr. Majestät.) — Bonn. (Die Gräfin Bocarme.) — Trier. (Remonstration.) — **Deutschland.** Frankfurt. (Reise des Fürsten Hohenlohe nach London.) — (Bundestägliches.) — Vom Niedermain. (Sitzungen zweier Ausschüsse des Bundestages.) — Kassel. (Die finanzielle Bedrängniß.) — Dresden. (Ankunft der Königin von Preußen.) — Gotha. (Ein Held von Eckernförde.) — Hannover. (Zustände.) — **Dänemark.** (Die Erbfolge-Angelegenheit.) — **Oesterreich.** Wien. (Tagesbericht.) — **Frankreich.** Paris. (Tagesbericht. Sitzung der National-Versammlung.) — **Portugal.** Lissabon. (Unruhen.) — **Schweiz.** Aarau. (Verwerfung der Verfassung.) — **Schweden.** Stockholm. (Reichssteuer. Verhaftung.) — **Spanien.** Madrid. (Die Schuldregulirung.) — **Provinzial-Zeitung.** Ohlau. (Bienenverein. Schulhausbau. Verschönerungen.) — **Handel, Gewerbe und Ackerbau.** Berlin. (Patente.) — (Erhöhung des Eingangs-Zolls auf Cigarren. rc.) — Görlitz. (Gewerbeschule.) — **Mannigfaltiges.**

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 25. Juli, Abends 8 Uhr. Dem Moniteur nach sind zwischen Faucher und Baze zufriedenstellende Erklärungen gewechselt worden.

Paris, 25. Juli, Nachmittags 5 Uhr. 3proc. 57, 15, 5proc. 95, 40.

London, 25. Juli, Nachmittags 5 Uhr 30 Min. Ein in der City stattgefundenes Wahlmeeting hat an Russell das Verlangen gestellt, daß er die Eidbill zur Kabinetsfrage machen solle. — Der Aldermann Salomons ist wegen des Verharrens auf seinem Platze im Unterhause in Anklagezustand versetzt worden.

London, 25. Juli, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Consols 96¾, ⅞.
(Berl. Bl.)

Preußen.

Berlin, 26. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Regierungs-Präsidenten, Freiherrn von Senden zu Stralsund das Präsidium der Regierung zu Köslin zu übertragen; und den bisherigen Regierungsrath, Grafen von Villers zu Düsseldorf, unter gleichzeitiger Ernennung zum Ober-Regierungs-Rath, mit der einstweiligen Stellvertretung des Regierungs-Präsidenten, Freiherrn von Spiegel, in der Eigenschaft als landesherrlicher Kommissarius in den hohenzollernschen Landen zu beauftragen.

Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl ist nach der Rheinprovinz abgereist.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Prinz Woldemar zu Scheswig-Holstein, Major im Regiment Garde du Corps und Kommandant von Neisse.

Abgereist: Se. Exzellenz der Staatsminister des Innern von Westphalen, nach Schlangenbad. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich schwedischen und norwegischen Hofe, Kammerherr von Brassier de St. Simon, nach Breslau.

[Militär-Wochenblatt.] Guttzeit, Hauptm. vom 14. Inf.-Inf.-Regt., zum Major ernannt. Frhr. v. Wöllwarth, Frhr. v. Rothkirch-Trach, v. Gerlach, P. Fähnrs. vom 4. Drag.-Regt., zu überz. Sek.-Lts. ernannt. Berger, Zeug-Lt. in Glogau, zum Zeug-Hauptm. in Köln ernannt. Lösch, Zeug-Lt., von Berlin nach Glogau versetzt. Lucas, Sek.-Lt. vom 2. Bat. 6., ins 3. Bat. 24. Regts. einrangirt. Wahner, Sek.-Lt. vom 1. Bat. 10., ins 3. Bat. 6. Regts., Köhn v. Jaski, Sek.-Lt. vom 1. Bat. 1., ins 1. Bat. 7. Regts., Hergetius, Sek.-Lt. vom 3. Bat. 19., ins 1. Bat. 18. Regts. einrangirt. Gr. Nicelli, Major zur Disp., zuletzt im 9. Infanterie-Regt., mit seiner bisher. Pension der Abschied bewilligt. Frhr. v. Czettritz-Neuhauß, P.-Fähnr. vom 11. Inf.-Regt., scheidet aus. Bergmann, Sek.-Lieut. vom 2. Bat. 18. Regts., diesem mit der Armee-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., der Abschied bewilligt. Waltsgott, Proviantmeister in Neisse, mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Berlin, 26. Juli. [Personal-Nachrichten.] Der diesseitige Gesandte im Haag, Graf Königsmark, wird in diesen Tagen hier erwartet. (C. B.)

Der bisherige Finanzminister, Herr v. Rabe, hat aus Rücksicht für seinen der Erholung bedürftigen Gesundheitszustand den Wunsch ausgesprochen, während des nächsten halben Jahres keine Anstellung zu erhalten, dann aber wieder bei einem Finanz-Institut angestellt zu werden. In einem gut unterrichteten Kreise hörten wir die Seehandlung als das Finanz-Institut bezeichnen, für welches Herr v. Rabe nach Ablauf des halben Jahres bestimmt sein soll.

Der bisherige Direktor im Finanz-Ministerium, Herr Horn, wird, wie wir äußerlich vernehmen, auch ferner in dieser Stellung verbleiben.

Unsere gestrige Mittheilung in Bezug auf den früheren Polizei-Präsidenten Herrn v. Bardeleben sind wir veranlaßt, dahin zu ergänzen, daß Herr v. Bardeleben sogleich beim Antritt seiner Stellung in Frankfurt a. M. ein Gesuch um Rückberufung eingereicht hat, welches ihm auch ohne Weiteres gewährt worden. Wie wir hören, wird Herr v. Bardeleben ferner nicht im Ministerium des Innern beschäftigt werden.
(N. Pr. Z.)

Berlin, 26. Juli. [Zur Tageschronik.] In Bezug auf die von uns mehrfach erwähnte Erweiterung der Regierungspolizei erfahren wir, daß die Ministeriaerlasse in dieser Angelegenheit bis zur Rückkehr des Herrn Ministers des Innern zurückgelegt werden.

Nächsten Dienstag, den 29. d. Mts. findet die letzte Auktion verschiedener Sachen aus der Philippischen Konkursmasse statt. So weit bisher Interessenten klar sehen können, so ist gar keine Aussicht vorhanden, daß den Ansprüchen der Gläubiger aus der Masse irgend eine erhebliche Prozentzahlung wird gewährt werden können. — Morgen schließt die Königsberger Oper ihre Gastdarstellungen auf der königl. Bühne.

Es sind Seitens der französischen Regierung Verordnungen ergangen, nach welchen die Gewährung des Durchpasses politischer Flüchtlinge aus der Schweiz durch Frankreich in Kürze wieder wird aufgehoben werden.

Aus München ist eine Mittheilung hierher ergangen, um in den katholischen Kreisen unserer Stadt verbreitet zu werden, daß der frühere Staatssekretär von Luzern, Bernhard Meyer, der gegenwärtig in München lebt, ein Pensionat für Söhne katholischer Adelsfamilien zu begründen beabsichtigt. Man ist von hier aus bereits bemüht, Theilnahme für dieses Institut anzuregen,
(C. B.

Es sind bereits seit längerer Zeit zu einem Denkmale für den deutschen Komponisten C. M. v. Weber in Berlin, München, Dresden, Nürnberg, Breslau, namentlich durch veranstaltete Theatervorstellungen, nicht unbedeutende Geldbeiträge gesammelt. Jetzt regt in Paris die dortige „Gazette musicale" die Angelegenheit aufs Neue an, und fordert die französischen Kunstfreunde auf, auch ihrerseits für den deutschen Meister ihre Sympathien zu äußern. — Das Denkmal wird aus einer acht Fuß hohen Statue Webers bestehen, einer Arbeit des berühmten Bildhauers Rietschel, und seine Stelle auf dem Platze vor dem schönen Schauspielhause in Dresden erhalten. (N. Pr. Z.)

Gestern früh überreichte Hr. v. Hülsen dem Schauspieler Beckmann im Auftrage des Königs eine kostbare goldne Tabaksdose; dieselbe zeigt auf einer Emaille-Platte eine Gebirgsgegend zur Erinnerung an „das Versprechen hinterm Heerde." Ebenso erhielt Frau Beckmann eine goldene Broche. (N. Z.)

[Der Verein für Centralisation der Auswanderung und der Kolonisation] läßt soeben eine ihm eingereichte Denkschrift über deutsche Kolonisation in Mexiko veröffentlichen, in welcher Herr von Boguslawski seine während eines fünfjährigen Aufenthaltes in allen Theilen des Landes gesammelten Erfahrungen niedergelegt hat. In einem der Denkschrift vorangeschickten Vorwort nimmt der Verein Anlaß zu der Mittheilung, daß die Centralregierung der mexikanischen Republik ihm Land, wo er es wünschte, im Interesse der Kolonisation zur Verfügung zu stellen sich bereit erklärt, der Verein aber statutenmäßig jede Landschenkung von der Hand gewiesen habe. Die Denkschrift führt zu dem Ergebniß, mit welchem auch die Erfahrungen des hiesigen Vereins übereinstimmen, daß zwar viele Gegenden Mexikos sich vorzüglich für europäische Ansiedelungen eignen würden, daß auch alle aufgeklärten Mexikaner eine solche nicht nur für dringend wünschenswerth, sondern sogar für nothwendig erachten, daß aber noch mancherlei Hindernisse bestehen, welche es für jetzt noch nicht rathsam erscheinen lassen, die deutsche Kolonisation nach Mexiko zu lenken. (C. B.)

Stettin. 26. Juli. [Aufenthalt Sr. Maj. des Königs.] Gestern Mittag traf (wie bereits gemeldet) Se. Majestät der König in Begleitung Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert auf der Reise nach Ostpreußen mit einem Extrazuge von Berlin kommend, hier ein. Von 72 Kanonenschüssen und dem Hurrah der Menge, welche die Anhöhen des neuen Stadttheils besetzt hatte, begrüßt, rollte der Zug in den festlich geschmückten Bahnhof herein. Auf dem Perron hatten sich die Civil- und Militär-Behörden, die Stadtverordneten und einige Landstände zum Empfange des hohen Gastes versammelt, der sich alsbald in Begleitung der Generale v. Grabow und v. Webern in ein Zimmer des Bahnhofsgebäudes zurückzog, um dann in Begleitung Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Adalbert in die Stadt zu fahren. Zwischen den gedrängten Menschenmassen ging die Fahrt durchs Schneckenthor, die hier und da mit Festguirlanden geschmückten Heiligegeist-, Schulzen- und Breite-Straße hinauf bis ans Berliner Thor, wo Se. Majestät den Wagen verließ und an der Front der über beide Paradeplätze bis ans Anklamer Thor aufgestellten Garnisonstruppen salutirend hinabging, um vor der Statue Friedrichs des Großen einen Standpunkt zu wählen und die Truppen dort zugweise im Parademarsch vorüberrücken zu lassen. Zwei Bataillone des Königsregiments, zwei Bataillone des 9. (Colberg) Regiments, die 2. Pionnierabtheilung, das Marinierkorps und das ganze 2. Artillerieregiment mit 48 Geschützen zogen unter klingendem Spiele so vor dem königlichen Kriegsherrn vorüber. Da bestimmt worden war, daß die Artillerie den Parademarsch beschließen sollte, so mußte dieselbe vom Königsthor, wo sie postirt war, durch die kl. Dom- und Mönchen-Straße in größter Eile nach dem Berliner Thor, um sich dort an das Marinierkorps anzuschließen. Nach der Parade begab sich Se. Majestät zu Fuß vom Königsplatze nach dem königl. Schlosse, begrüßte den dort auf dem Hofe aufgestellten „patriotischen Militär-Verein" und verfügte sich dann zum Diner, welches bis 6 Uhr dauerte, wo alsdann in der Jakobi-Kirche eine vom Musikdirektor Dr. Löwe arrangirte Vespermusik aufgeführt wurde. Se. Majestät wohnte derselben bei und begab sich dann in den neuen Stadttheil, um die dort erweiterten Festungswerke in Augenschein zu nehmen. Im Theatergebäude hatte sich inzwischen eine von dem Vorstande der Kaufmannschaft eingeladene auserlesene Gesellschaft versammelt, um dem zu Ehren Sr. Majestät veranstalteten Divertissement beizuwohnen. Gegen 8 Uhr erschien Se. Majestät in der Königs-Loge (Proscenium links), empfangen von dem dreimaligen Tusch des Orchesters; alsbald begann unter Leitung des Musikdirektor Dr. Löwe die C-dur Ouvertüre von Beethoven. Als dieselbe beendet war, rauschte der Vorhang auf und man sah in einer geschmackvoll dekorirten Halle einen Halbkreis junger Männer stehen, welche das Männerquartett vom „Volk der Brennen" unter Leitung des Liedertafel-Dirigenten Herrn Tusche vortrugen. Se. Majestät waren beim Aufgehen des Vorhangs von dieser malerischen Gruppe sichtlich überrascht und schien besonders von dem zweiten Männer-Quartett „Hohenzollern" befriedigt zu sein. Mit einem dreimaligen Tusch des Orchesters schloß das Divertissement, Se. Majestät erhob sich, verneigte sich gegen die Versammlung, die durch allgemeines Aufstehen dankte, und begab sich zu Fuß nach dem königl. Schlosse zurück. Am Abend um 9 Uhr war auf dem Schloßhofe großer Zapfenstreich.

Stettin, 26. Juli. Heute früh um 7 Uhr verließ Se. Majestät der König unsere Stadt und begab sich mit einem Extrazuge zuvörderst nach Stargard, um

die dort garnisonirenden Truppen zu inspiziren und von dort seine Reise nach Bromberg fortzusetzen.*) (Ostsee-Z.)

Bonn, 24. Juli. Wie wir vernehmen, ist die Gräfin von Bocarmé am 18. d. über Köln hier vorbeigekommen und hat sich ohne Aufenthalt rheinaufwärts nach der Schweiz begeben, von wo sie über Italien ihre weitere Reise ins Ausland antritt. (Elberf. Z.)

Trier, 23. Juli. Der Herausgeber der „Trier. Zeitung," Herr Walthr, hat gegen die von der hiesigen königl. Regierung verfügte Suspension seiner Konzession als Buchdrucker Klage beim Landgerichte erhoben. In der heutigen Sitzung desselben kam diese Angelegenheit zur Verhandlung und wurde, wie wir vernehmen, von der Regierung dabei die Kompetenz des Landgerichts zur Entscheidung über diese Frage bestritten. (S.- u. M.-Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt, 23. Juli. [Abreise des Fürsten Hohenlohe.] Heute ist der Präsident des Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit, Prinz Felix zu Hohenlohe-Oehringen, mit seiner Gemahlin, Prinzessin Alexandrine, auf kurze Zeit zur Industrieausstellung nach London gereist. Mit der Reise verbinden sich, wie man hört, Interessen der allgemein deutschen industriellen Verhältnisse, so wie Zwecke der Bestrebungen des obgedachten Vereins, an dessen Spitze der Präsident auf das thätigste fortwirkt. (D.-P.-A.-Z.)

* [Bundestägliches.] Das C. B. hat sich eine höchst unglückliche Berichtigungs-Manier angewöhnt. Gestern bestritt es, daß ein preußisch-österreichischer Antrag auf Einsetzung einer Bundes-Central-Polizei-Kommission ausgegangen sei; wohl aber ein solcher in der Konsequenz des bezüglichen Antrags liege. Heut berichtigt es: es sei kein preußisch-österreichischer Antrag auf Aufhebung der Grundrechte von Bundeswegen gestellt worden; wohl aber sei eine solche Maßnahme allerdings zu erwarten.

Die „N. Pr. Z." giebt die Versicherung, daß die Bundes-Versammlung bemüht sei, den strengen Weg Rechtens in allen ihren Maßnahmen einzuhalten und den ehemaligen schleppenden Geschäftsgang durch eine praktischere, nicht in Formenzwang sich einengende, sondern auf das Wahre der Sache eingehende Behandlung zu verbessern. Sogar der Oeffentlichkeit will man — „Rechnung tragen" — und der betreffende Bundesausschuß hat seinen darauf bezüglichen Bericht sogar schon fertig. Seit dem 30. v. M. soll übrigens nach der „W. Z." kein Bundestagsprotokoll gedruckt worden sein, weil noch eine aufzunehmende Erklärung des Hrn. v. Rochow abzuwarten sei. Es scheint hiernach, als ob von der Offenhaltung des Protokolls trotz aller gegentheiligen Beschlüsse der Dresdener Konferenz noch immer ein sehr ausgedehnter Gebrauch gemacht werde, der auf den Geschäftsgang nichts weniger als förderlich einwirken muß, was denn freilich in mehrfacher Beziehung eben nicht zu beklagen wäre.

Derselben Ztg. zufolge beabsichtigt der Bundestag durch ein allgemeines Verbot die Spielbanken Deutschlands mit dem 1. Januar künftigen Jahres schließen zu lassen. Daß der Bundestag in dieser Beziehung den Beschluß der Nationalversammlung aufzunehmen beabsichtige, scheint sehr überrascht zu haben; wenigstens hebt die W.-Z. es als bezeichnend für die Stimmung in Frankfurt hervor, daß man allgemein behaupte, die Maßregel werde erfolgen auf Rußlands ausdrücklichen Wunsch, daß den kaiserl. Unterthanen die Gelegenheit möge benommen werden, während ihres Aufenthalts in deutschen Bädern daselbst ihr Vermögen zurückzulassen.

Darf man der „N. Pr. Z." glauben, so wäre auch über die Flottenangelegenheit zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin eine Verständigung erfolgt. Ob die Bundes-Intervention in Kurhessen noch in diesem Monat ihr Ende erreichen und die Bundestruppen, wovon gegenwärtig noch das k. k. österreichische 14. Jägerbataillon in Kassel, ein Bataillon vom 1. baierischen Infanterie-Regimente (König) in Hanau, ein Bataillon vom 4. baierischen Infanterie-Regimente (Gumppenberg) in Niederhessen auf dem Lande und in Kassel, ein Bataillon vom Regimente Isenburg in Marburg und Umgegend, eine Eskadron vom 2. Chevauxlegers-Regimente (Taxis) in Felsberg und eine halbe reitende Batterie in Wabern dort liegen, will die N. Pr. Z. dahingestellt sein lassen; versichert aber, daß man zur Zeit in Kassel an einer neuen demnächst zu erlassenden Verfassung arbeitet.

Ueber die Zahl und das Personal der gegenwärtig amtirenden Ausschüsse giebt die „K. Z." folgende Auskunft: 1. Ausschuß. In Betreff der Flotte: Thun, Rochow, Xylander, Schele, Brehmer als Mitglieder; Oertzen und Eisendecher als Stellvertreter. 2. Ausschuß. In Betreff der Privat-Eingaben: Schele, Münch, Oertzen, Linde. 3. Ausschuß. Feststellung der Bundes-Militär-Organisation: Thun, Rochow, Xylander, Reinhard, Trott. 4. Ausschuß. Ueber die Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen: Reinhard, Marschall, Linde. 5. Ausschuß. Beschwerden des Reichsgrafen von Bentink: Nostitz, Schele, Oertzen als Mitglieder; Marschall als Stellvertreter. 6. Ausschuß. Bundeskasse und Finanzwesen: Nostitz, Trott, Holzhausen als Mitglieder; Reinhard als Stellvertreter. 7. Ausschuß. Für Abänderung der Geschäfts-Ordnung der Bundes-Versammlung: Rochow, Marschall, Eisendecher als Mitglieder; Dungern als Stellvertreter. 8. Politischer Ausschuß: Thun, Rochow, Xylander, Nostitz, Schele, Marschall, Münch als Mitglieder; Reinhard, Eisendecher als Stellvertreter. 9. Handelspolitischer Ausschuß: Thun, Rochow, Xylander, Schele, Reinhard, Fritsch, Brehmer als Mitglieder; Nostitz, Bülow als Stellvertreter. 10. Ausschuß. Für Einsetzung eines obersten Bundes-Gerichtes: Thun, Schele, Münch, Dungern, Oertzen als Mitglieder; Linde, Brehmer als Stellvertreter. 11. Ausschuß. In Betreff der hamburgischen Beschwerde: Rochow, Xylander, Marschall, Bülow, Oertzen als Mitglieder; Reinhard und Linde als Stellvertreter. 12. Ausschuß. Für laufende Militär-Angelegenheiten: Thun, Rochow, Xylander, Nostitz, Schele, Reinhard, Münch.

Vom Niedermain, 22. Juli. [Ausschußsitzungen des Bundestages.] In den beiden gestern Nachmittag um 1½ und um 2 Uhr eröffneten Bundestags-Ausschußsitzungen kam der Antrag wegen Errichtung eines Bundesgerichts und die Beschwerde des Senats der freien Stadt Hambug zur Berathuna. In Betreff des ersteren soll eine Kommission mit Ausarbeitung der nähern Bestimmungen betraut werden; hinsichtlich des zweiten Punktes ist über denselben weiter zu referiren. Man spricht von einer vertrauten Mittheilung der französischen Regierung, welche in Betreff der Revisionsdebatten und der beabsichtigten Wiedererwählung Ludwig Bonapartes zum Präsidenten der Republik an die größern Mächte und an die deutsche Bundesversammlung im besondern gerichtet sein sollen. Das Auftreter Cavaignacs hat Besorgnisse erregt, doch zweifelt man, daß dieser republikanische General als Kandidat für die Präsidentschaft noch eine wirklich ernstliche Rolle werde übernehmen können. Der einzige für den bisherigen Präsidenten gefährliche Mitbewerber dürfte Prinz v. Joinville sein, der sich jetzt beinahe ganz in derselben Lage befindet als L. Bonaparte in dem Augenblicke, wo die bei weitem überwiegende Mehrheit der Wählerstimmen für ihn sich erklärte. (A. Z.)

Kassel, 24. Juli. [Die finanzielle Bedrängniß,] von welcher die staatsretterischen Handlungen unserer Regierungen begleitet sind, nöthigt sie zur möglichsten Anstrengung aller Finanzkräfte, zur möglichsten Ausbeutung aller Geldquellen. Einzelne Domänen sind höher verpachtet, den Salz-, Berg- und Hüttenwerken wird der erzielbar höchste Ertrag abgepreßt, am stärksten ausgenutzt werden aber die Forsten. Diese Thatsache zu konstatiren, genügt die Hinweisung auf ein einziges der circa 150 Forstreviere, welche Kurhessen besitzt. Oeffentlichen Ankündigungen zufolge werden im Holzhäuser Forste allein nicht weniger als 631 Eichenbaustämme, 180 Eichenlagerstücke, 1120 Klaftern Stock- und Klafterholz 2c. zum Verkauf durch Meistgebot bereit gehalten. Nachdem in der westfälischen Periode ohne Sorge für die Zukunft und ohne Liebe für das Land die Hand an die knorrigen Stämme aus dem „Erbe des Kindes von Brabant" gelegt und schöne Waldstrecken über alle Gebühr verwüstet worden waren, ist später eine geraume Zeit hindurch den Wäldern viel Schonung bewiesen worden. Die reichen Kohlen-Lager, welche Hessen besitzt, kamen dabei zu Hülfe. So ist denn auch die Einnahme, welche der Staat aus den Forsten zieht, seit einem Menschenalter wieder stetig gewachsen. Für ein Jahr der Finanzperiode 1831—33 wurde sie auf 283,600 Thaler berechnet; in den Jahren 1837—39 war sie schon auf 454,990 Thaler gestiegen, im Jahre 1848 stand sie auf 720,000 Thaler, und ein Voranschlag für 1850 enthält die Ziffer 846,000 Thaler. Es ist keine Frage, daß die wirkliche Ausnutzung der Forsten im laufenden Jahre noch höher greift und daß der Bestand der Waldungen diesen höhern Griff für einmal auch auszuhalten vermag, aber nicht, wenn man die stärkere Progression zur Regel für die Zukunft machen sollte. Wenn es wahr ist, daß der aus den Forsten zu ziehende Reingewinn 500,000 Thaler erreichen soll, so repräsentirt er eine Roheinnahme von 1,111,111 Thalern; denn nach der Erfahrung früherer Jahre betrugen die Gewinnungskosten bei den Forsten immer circa 55 pCt. der Roheinnahme. Von den in der Nähe der Nordbahn liegenden Schlägen geht ein namhafter Theil des Holzes nach Thüringen, nach Gotha und Erfurt. (N. Z.)

Dresden, 25. Juli. [Ihre Majestät die Königin von Preußen] sind heute Mittag von Potsdam eingetroffen und haben Sich sofort nach Pillnitz begeben. (Dresd. J.)

Gotha, 22. Juli. An unserm Hofe weilt in diesem Augenblicke der vielgenannte Held von Eckernförde, Major Jungmann, um dem immer noch leidenden Herzog einen Besuch abzustatten. Der Herzog, der sich auf das Lebhafteste für seinen tapfern Waffenbruder von Eckernförde interessirt, hat vor kurzem Pathenstelle bei dessen erstgebornem Sohne vertreten. (Weser Z.)

Hannover, 25. Juli. [Zustände.] Die Differenzen zwischen Ministerium und König, oder wenn Sie lieber wollen zwischen den Ministern und den Königischen sind im Wachsen. Ich höre von heftigen Auftritten und tiefeingehender Spaltung. — Das Gerücht, daß die Stände wieder einberufen würden zu nochmaliger Revision, verliert sich allmälig. Die Sache scheint schon zu weit gediehen, um sich dadurch abmachen zu lassen. Auch mehrt sich die Hoffnung, daß die Minister festbleiben werden — endlich fest, wie sie es immer hätten bleiben sollen. Merkwürdigerweise ist Münchhausen der, auf den man nicht am wenigsten (innerhalb dieser Grenzen nämlich) vertraut. Man erinnert sich seines Wortes, das er in den letzten Tagen der jüngst geschlossenen ständischen Diät zu einigen Abgeordneten gesagt hat: die Minister würden nicht wieder vor die Stände treten, als bis die Organisationen durchgeführt seien — man erinnert sich daran und vertraut darauf. — Der König ist persönlich überaus munter und gesund trotz Einem. In diesen warmen Tagen sah man ihn oft in offenem Wagen spazieren fahren. Die Frau von Grote ist dauernd seine tägliche Gesellschaft; ihre Equipage ist für die Anwohner des Palais ein untrüglicher Stundenzeiger; so pünktlich kommt und geht sie. (Const. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 24. Juli. [Die Erbfolge.] Der König sollte heute seine Reise nach Bornholm auf dem Dampfschiffe Aegir, welches von dem Dampfschiffe Hekla begleitet werden soll, antreten; indeß hat er, „Middagsposten" zufolge, dieselbe einer leichten Unpäßlichkeit wegen wiederum aufzuschieben sich veranlaßt gefunden. „Faedreland" berichtigt seine Mittheilung, daß sämmtliche hier befindliche Mitglieder der königl. Familie auf ihre Erbansprüche zu Gunsten des Prinzen Christian v. Glücksburg verzichtet hätten, dahin, daß der Erbprinz Ferdinand, Oheim des Königs, „als Mann vom Manne", dies nicht gethan habe. Das kann wohl nichts Anderes heißen, als daß der Erbprinz Ferdinand, wenn er den jetzigen König Friedrich VII. überlebt, selbst noch von der Krone Besitz ergreifen will. Uebrigens wird die ganze Erzählung von der Renunciationsakte, welche „Faedreland", „Middagsposten" und „Flyveposten" in die Welt hinaus posaunt hatten, von „Kjöbenhavnsposten" zu den „losen Gerüchten" gezählt.

Oesterreich.

* **Wien**, 26. Juli. [Tagesbericht.] Es wird nun bestimmt vorausgesetzt, daß Se. Majestät der Kaiser die galizische Reise nächsten Dienstag antreten werde und es erneuert sich hierbei das Gerücht, daß der Herr Minister des Innern den Kaiser auf dieser Reise begleiten werde. Dagegen verliert die Nachricht, welche den Kaiser in Mailand erwarten ließ, dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß die soeben verschärft verhängten Belagerungszustände im Lombardo-Venetianischen die Stimmung daselbst nicht in der Art herausstellen, um die Auszeichnung des kaiserlichen Besuchs gewärtigen zu lassen. Seitdem die nahe Abreise des Kaisers bekannt geworden ist, vermehrt sich der Zudrang eines sehr gewählten Publikums im kais. Schloßgarten zu Schönbrunn.

Die sehr entschiedene Weise in welcher die österreichische Korrespondenz gegen Palmerstons Erklärung über den Gesammteintritt Oesterreichs gestern auftrat, hat Sensation erregt.

In Ungarn wird hinsichtlich der Ablieferung von Waffen mit großer Strenge verfahren, und erst kürzlich wurde eine Untersuchung gegen einen Pfarrer in der Liptau

---

*) Wie der Staats-Anzeiger hinzufügt, ist Se. königliche Hoheit der Prinz Adalbert bald darauf auf dem Kriegsdampfschiffe „Salamander" nach Swinemünde abgegangen.

eingeleitet, welcher Waffen abgegeben haben soll. Auch hinsichtlich der Durchfuhr von Waffen in hiesiger Stadt werden verschärfte Anordnungen getroffen.

Man will die unerwartete Bewegung, die sich seit gestern in 4½ % Metalliques an der Börse gezeigt hat, als Vorläufer sehr nahe bevorstehender Finanzoperationen betrachten. Ein anderes Symptom einer günstigen Wendung der Finanzverhältnisse giebt sich in der heutigen Mittheilung des Wiener Geschäftsberichts kund. Hiernach hat die Bergwerksverschleißdirektion, welche bekanntlich unter der Leitung des Finanzministers steht, ihre Produkte, namentlich Quecksilber und Zinnober, bedeutend herabgesetzt; da nun diese Erzeugnisse großentheils nach dem Auslande gehen, so ist dies als ein Beweis zu erachten, daß die Valute einer günstigeren Phase entgegengeht.

Nach der Bestimmung der kaiserl. Verordnung vom 6. Juli, die periodische und ausländische Presse betreffend, hat die k. k. Postanstalt auf verbotene ausländische oder ihnen gleichgehaltene Druckschriften keine Pränumeration anzunehmen noch sonst selbe zur Beförderung zu übernehmen. Die k. k. Postämter sind daher angewiesen worden, den ihnen diesfalls von den politischen Behörden zukommenden Weisungen sogleich Folge zu leisten.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. [Tagesbericht.] Heute Vormittags 11 Uhr fand ein Ministerrath im Elysee unter dem Vorsitze Louis Napoleon's statt. Wie verlautet, unterhielt man sich über die Frage in Bezug auf die Vertagung der National-Versammlung. Die Minister sollen entschlossen sein, auf langen Vakanzen fest und energisch zu bestehen. Wie wir jedoch aus guter Quelle wissen, wird das Ministerium einen heftigen Widerstand finden, da ein großer Theil der Versammlung, der zwar ebenfalls Vakanzen will, höchstens 3 Wochen zu bewilligen die Absicht hat, d. h. grade die Zeit, damit die Repräsentanten der am weitesten gelegenen Departements sich einige Tage zu Hause aufhalten können.

Morgen halten der Präsident der National-Versammlung, der Minister des Innern und der Präsident der Budget-Kommission eine Zusammenkunft, um über die Dauer, die es möglich sein wird, der Vertagung der National-Versammlung zu geben, einen Beschluß zu fassen.

Heute Morgens waren wiederum alle Generale der Armee von Paris in den Tuilerien bei dem General Magnan versammelt.

Die heutigen Journale besprechen wieder alle die am letzten Sonnabend verworfene Revision. Der „Constitutionnel" fährt fort zu behaupten, daß das einzige Hülfsmittel gegen die Anarchie in der Wiedererwählung L. Bonaparte's zu finden sei, der Alles zur Rettung der Gesellschaft gethan, was seinem großen Oheim eine so große Popularität verschafft hätte, ohne daß er jedoch Millionen von Menschen auf Schlachtfeldern geopfert habe. Der „Constitutionnel" hat daher die tiefe Ueberzeugung, daß das französische Volk in Folge eines Souverainetäts-Rechtes sich durch Abschaffung des Art. 45 das Rettungsmittel verschaffen wird, das es sich umsonst von der Versammlung erbeten hat. Die legitimistische „Union" stimmt jedoch keineswegs mit dem „Constitutionnel" in Bezug auf die Wiedererwählung Louis Bonaparte's überein. Wie jener, so ist sie zwar auch wegen der Zukunft sehr besorgt, sieht aber nur den Rettungsweg in der Herstellung der legitimen Monarchie, wodurch allein Frankreich gerettet werden könnte. Die monarchische Partei — meint sie — wolle keine Unordnung; diese käme von anderen Ideen, als von den ihrigen. Sie hätte aber die Revision der Verfassung gewünscht; sie behaupte noch, daß sie gemacht werden müsse, sie setze aber hinzu, daß dieses nur in Folge der Prinzipien geschehen könne, welche die Ordnung in Frankreich hervorgebracht hätten und außer denen man niemals im Stande gewesen wäre, etwas Anderes zu thun, als Tyrannen gegen Feiglinge auszutauschen.

Wie man versichert, beschäftigt sich die republikanische Partei gegenwärtig mit einer großartigen anti-elyseeischen Propaganda, um einem populären Staatsstreiche, den man von vielen Seiten befürchtet, vorzubeugen.

Dem Berichte der Kommission über den Antrag mehrer Montagnards, die Zahl der Bischofssitze in Frankreich um 18 zu vermindern, entnehmen wir folgende statistische Daten: Es kommt ein Erzbischof oder Bischof in Frankreich auf 400,000 Seelen, in Baiern auf 375,000, in Oesterreich auf 358,000, in Irland auf 224,000, in Spanien auf 203,000, in Portugal auf 113,000, in Sardinien auf 110,000, in beiden Sizilien auf 106,000 Seelen.

Die legitimistische „Opinion publique" warnt heute die Generalräthe davor, ja nicht dem bonapartistischen Drängen nachzugeben, sondern zu bedenken, daß die Verfassung jetzt die einzige Schutzwehr des Landes sei.

Die Generalräthe sollen auf den 25. August einberufen werden.

Der Minister des Innern hat wieder telegraphirt. Die an alle Präfekten nach der Revisionsdebatte abgesendete Depesche lautet: „Die National-Versammlung hat gestern über den Antrag der Revisions-Kommission entschieden. Die Zahl der Stimmenden war 724. 446 stimmten für Revision, 278 gegen." Der Minister vergaß aber beizufügen, daß die Revision verworfen worden, weil es sich hier nicht um absolute, sondern um Dreiviertel-Majorität handelt.

Eine zwischen Baze und Minister Faucher obschwebende Ehrensache ist nach einer Konferenz zwischen den Vertretern beider Parteien beigelegt worden.

Der Präsident der Republik wird sich nicht zur Einweihung der Eisenbahn nach Nantes begeben.

Die Leiche des Marschalls Sebastiani wird mit allen gebührenden Ehren zur Erde bestattet werden. Es sind jetzt nur noch fünf Marschälle von Frankreich übrig, und zwar: Soult, ernannt 1804, Gerard, ernannt 1830, Reille, ernannt 1849, Jerome Bonaparte, ernannt 1849, Excelmans, ernannt 1851. Man glaubt, General Oudinot werde den erledigten Marschallstab erhalten.

[Sitzung der Legislative vom 24. Juli.] Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der National-Versammlung überreichen wieder 10 Majoritäts-Mitglieder Petitionen um Revision der Verfassung, und 6 Mitglieder der Linken Petitionen gegen das Gesetz vom 31 Mai. Ehe zur Tagesordnung übergegangen wird, erklärt Ancel, einer der Urheber des Vorschlages zur eilfwöchentlichen Vertagung der Nationalversammlung, daß mit demselben keineswegs die Umgehung des Artikels 32 der Verfassung (über die Ernennung einer Permanenz-Kommission) gemeint gewesen sei, und Miot bringt eine Petition gegen die Verhaftung und Ausweisung eines seit 16 Jahren im Nièvre-Departement ansäßigen Arbeiters, piemontesischer Nationalität, mit dem Verlangen vor, daß binnen zehn Tagen darüber entschieden werde, was auch zugestanden wird. Hierauf wird die erste oder allgemeine Berathung über das neue Gemeindegesetz fortgesetzt. Poujoulat, Legitimist, beantwortet die gestrigen Reden der beiden Montagnards E. Arago und Mathieu (de la Drôme), wobei er sich jedoch mit ihren Decentralisations-Ideen so ziemlich einverstanden erklärt und nur das Königthum als Gründer der Gemeinde-Freiheiten gegen ihre Herabsetzungen in Schutz nimmt. „Man kann es mit Stolz von dieser Tribüne herab sagen," ruft er aus, „daß, während England die Freiheit von seinen Königen eroberte, Frankreich sie seinen Königen verdankte." Nach dieser Rede, die häufig die Heiterkeit der Linken erregt, wird das Gemeindegesetz ohne Widerspruch zur zweiten Berathung zugelassen. Eine für die große Staats-Buchdruckerei geforderte Summe von 60,000 Frks. giebt zu einer längeren Debatte Veranlassung, da die Pariser Buchdrucker in einer Petition an die Nationalversammlung sich über die allzugroße Ausdehnung und Konkurrenz dieser vom Staat unterstützten Anstalt beschwert haben. Cremieux nimmt zum Erstaunen seiner Kollegen von der Linken sehr eifrig das Wort zu Gunsten der Staats-Buchdruckerei als einer großartigen, zum Ruhm der Nation beitragenden Kunst-Anstalt, die allerdings eines Privilegiums genieße, aber nur von den ebenfalls privilegirten pariser Buchdruckern angegriffen werde. Die für die Staats-Buchdruckerei geforderte Summe wird hierauf mit 529 Stimmen gegen 94 bewilligt und die Sitzung aufgehoben.

Portugal.

* **Lissabon**, 20. Juli. [Unruhen.] Man unterhält sich hier von Unordnungen in der Armee, so wie von einem Angriff auf den hierher geflüchteten Civil-Gouverneur von Beja. Diese schnell unterdrückten Bewegungen sollen durch gewisse, gegen einige progressistische Offiziere hervorgerufene Intriguen veranlaßt worden sein.

Politische Motive sollen dabei nicht im Spiel gewesen sein. Die Widersetzlichkeit des 16. Infanterie-Regiments soll durch einen Befehl des Obersten hervorgerufen worden sein, welcher den Oel- und Weinschmuggel verbot.

Was das 5. Lanzier-Regiment betrifft, so scheint da die Sache ernsthafter gewesen zu sein, und sind in diesem Augenblick ein Kapitän, fünf Fähndriche und 22 Sergeanten einer Militär-Kommission übergeben.

Nach der verbreitetsten Ansicht haben bei dem Allen die Anhänger des Silva Cabral oder des Grafen Thomar die Hände im Spiel; im Allgemeinen ist die Armee bereit, sich die Regierung Saldanha's gefallen zu lassen; die Offiziere freilich zeigen großen Widerwillen, progressistische Offiziere unter sich aufzunehmen.

Was die Beja'sche Geschichte betrifft, so verhält es sich damit folgendermaßen. Der Civil-Gouverneur Vaz wollte auf den Gütern eines reichen Pflanzers, Marianno, einen Mörder verhaften lassen. Marianno, Kommandant eines Bataillons Nationalgarde, wollte dies nicht zugeben und ging dem Gouverneur zu Leibe, welcher einen Dolchstoß in die Brust empfing. Doch gelang es ihm, zu entkommen. Er flüchtete erst zum Bischof und da Oberst Malaquias vom 11. Infanterie-Regiment ihm seine Sicherheit nicht garantiren wollte, hierher.

Graf Lavradio hat endlich die Gesandtschaft zu London angenommen; der Bischof von Algarbien aber seine Demission als Justizminister eingereicht.

Schweiz.

Aarau, 22. Juli. Die Verfassung ist abermals in allen 6 Kreisen des Bezirks Zofingen, so wie auch im Bezirk Brugg verworfen worden. (D. P. A. Z.)

Spanien.

* **Madrid**, 19. Juli. [Die Schuldregulirung.] Der Kommissionsbericht über das Schuldregulirungsprojekt ist soeben dem Senat überreicht. Die Kommission hat die Möglichkeit anerkannt, den aus der Regulirung entspringenden Verpflichtungen nachzukommen und demnach das Projekt, wie es vom Ministerium vorgeschlagen worden, genehmigt.

Die Kommission hat jedoch anerkannt, daß die Regulirung rein illusorisch wäre, wenn man schon in diesem Jahre anfangen müßte, die Zinsen der Schuld zu zahlen; sie findet aber die Ausführung des Projekts ermöglicht durch die Erleichterungen, deren von 1852 an das Budget sich zu erfreuen haben wird und durch die Reformen, auf welche sie in ihrem Bericht hinweist.

Nach Verlesung des Berichts erklärt Marquis de Viluma, der Präsident, daß der Bericht gedruckt und vertheilt werden, und sobald dies geschehen, die Diskussion darüber beginnen soll.

Schweden.

Stockholm, 18. Juli. [Die Reichsstände. — Verhaftungen in Norwegen.] In diesen Tagen haben sich die Reichsstände hauptsächlich beschäftigt mit einem Gutachten des Staats-Ausschusses hinsichtlich der Vereinfachung der Steuern, mit einem Entwurfe des Konstitutions-Ausschusses in Betreff der Anstellung der Ausländer und Dissenters als Staatsbeamte, wie auch der Naturalisation der Ausländer, und mit einem Gutachten des Staats- und Oekonomie-Ausschusses über eine beantragte Umgestaltung des Militärwesens; indessen keiner dieser Gegenstände ist vollkommen erledigt worden. Auch sind die Wahlen zum verstärkten Staats-Ausschusse in den verschiedenen Reichsständen vorgenommen worden. Dieser verstärkte Staats-Ausschuß hat nämlich über die Fragen zu entscheiden, bei welchen sich zwei Stände gegen zwei erklärt haben. Man meint, daß diese Wahlen ganz im Interesse der Regierung ausgefallen sein sollen. — In Norwegen sind die beiden ehemaligen Studenten M. Thrane und Th. Abilgaard nebst drei Gesellen als gefährliche Volks-Agiatoren verhaftet worden. Ein Beschluß der Central-Versammlung des Arbeiter-Vereins, jetzt zur Revolution, als dem letzten Mittel, zu greifen, soll zu obiger Verhaftung Veranlassung gegeben haben. Die Behörden scheinen so schleunige, zweckmäßige und kräftige Maßregeln ergriffen zu haben, daß in keiner Hinsicht eine Störung der Ruhe zu befürchten sein dürfte, was auch die neuesten Nachrichten bestätigen. Uebrigens ist die allgemeine Stimmung der Schweden den Norwegern so abhold, daß diese durch einen Aufruhr leicht sehr viel aufs Spiel setzen könnten. (K. Z.)

Provinzial-Zeitung.

* **Ohlau**, 26. Juli. [Bienen-Verein. — Schulhausbau. — Verschönerungen.] Vor einigen Monaten hat sich auch hier ein Bienenverein gebildet, der bereits über 30 Mitglieder zählt. Den ersten Impuls dazu gab der Kunstgärtner Walter, dessen Fortschritte als Bienenzüchter wir rühmend anerkennen. Derselbe besitzt namentlich eine Anzahl Bienenstöcke, welche sich durch die künstlichen, innern Einrichtungen auszeichnen und die durch die angebrachten Glasfenster Gelegenheit geben, die Wissenschaft der Bienenzucht durch ungestörte Beobachtungen zu bereichern. Der größtentheils aus Bienenzüchtern bestehende Verein, verfolgt insbesondere den Zweck, durch Austausch gegenseitiger Ideen und Mittheilung der gemachten Erfahrungen, auf Hebung dieses interessanten und gleichzeitig ertragsfähigen Industriezweiges hinzuwirken und in wissenschaftlicher Beziehung fortzuschreiten. — Bereits seit Jahren handelt es sich darum, bei der, in dem Kämmerei-Dorfe Zedlitz vorhandenen Schule einen Erweite-

rungsbau vorzunehmen und einen zweiten Lehrer anzustellen, da die gegenwärtigen Räumlichkeiten und Lehrkräfte für die sehr erweiterte Zahl der Schüler nicht mehr ausreichen. Die früheren Projekte, entweder durch Aufsetzen eines zweiten Stockwerkes die Räumlichkeiten zu erweitern, oder diese durch Aufbau eines neuen Bindwerks-Gebäudes zu gewinnen, sind verworfen, dagegen von den Vertretern der Schulgemeinden beschlossen worden, das gegenwärtige Gebäude ganz abzutragen und dafür einen zweckmäßigen, massiven Neubau aufzuführen. Da diese Art der Anlage bereits die Genehmigung der königl. Regierung erhalten hat, so dürfte die Vollendung derselben in nächstem Jahre in sicherer Aussicht stehen. — Wer unsere Stadt seit einem Decennium nicht gesehen hat, wird jetzt in ihrem Aeußern sehr erhebliche Veränderungen vorfinden. Durch die Einrichtung des schönen und großen Schloßplatzes ist jetzt, wir können es mit Recht sagen, ein neuer Stadttheil entstanden. Da, wo einst die Herzöge der Piasten durch riesige Wälle ihren Rittersitz schützten, befindet sich jetzt eine große, makadamisirte Ebene, welche mit einer Linden-Allee und außerhalb dieser mit schönen Gebäuden geziert ist. Das dort befindliche Schloßgebäude, welches im Vergleich zu seiner frühern Größe noch zu einem Drittheil vorhanden, wird jetzt als Bildungsort unserer Schuljugend benutzt. — Das Projekt, in der Mitte des Schloßplatzes einen Springbrunnen, wofür bereits Zeichnung und Anschlag vorliegen, zu erbauen, bleibt einer bessern Zeit und namentlich bis dahin vorbehalten, wo die Stadt im Besitze einer neuen Wasserkunst sein wird. — Der in der Nähe befindliche Garnison-Reitplatz hat durch den gegenwärtigen Abbruch der darauf befindlichen städtischen Gebäude, nicht nur eine größere Räumlichkeit erlangt, sondern es wird dieser auch durch Herstellung eines richtigen Niveaus im Interesse unserer Garnison zweckmäßig hergestellt. Desgleichen sind auch die, vor zwei Jahren begonnenen Anlagen im städtischen Park durch zweckmäßige Einrichtungen erweitert worden. — Vor einigen Tagen hatte sich ein geisteskranker, etwa **10** Jahre alter Knabe hier eingefunden, der bei seinen polizeilichen Vernehmungen über seine Ortsangehörigkeit keine Auskunft ertheilen konnte. Nur der Umstand, daß er einen einzigen Namen, nämlich den seines Lehrers, zu nennen wußte, führte auf die Vermuthung, daß er nach **Breslau** gehöre, was sich auch bald als richtig herausstellte. Sein eigener Vater, ein dortiger Einwohner, holte den wiedergefundenen Sohn hierselbst ab.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 26. Juli. Dem Bombardier Christian Lambert Herlitschka zu Ratingen ist unter dem 22. Juli 1851 ein Patent auf ein Kopir- und Zeichnen-Instrument in der durch ein Modell nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

C. B. [Erhöhung des Eingangszolls auf Cigarren, Wachstuch rc.] Es hat bei uns eine Erhöhung des Eingangszolls für Cigarren, Wachstuch und mit Edelsteinen verzierten Sachen stattgefunden und zwar ist der Eingangszoll für Cigarren von **15** auf **20** Rtl., der für Wachstuch von **2** auf **4** Rtl. erhöht worden.

△ **Görlitz,** 26. Juli. [Gewerbeschule.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kam diese Angelegenheit zur definitiven Erledigung, weshalb es mir passend erscheint, Ihnen ein gedrängtes Referat über die allmälige Entwickelung des bisherigen Projektes mitzutheilen. — Unterm 8. August v. J. stellte der hiesige Gewerberath an den Magistrat den Antrag, die Errichtung einer Gewerbeschule als eines dringenden Bedürfnisses an hiesigem Orte vermitteln zu wollen. Eine desfallsige Anfrage des Magistrats erweckte bei der königlichen Regierung zu Liegnitz, gestützt auf ein Rescript des Ministers für Handel, Gewerbe rc. vom 5. Juni 1850, wonach bestehende Gewerbeschulen aus Städten, welche billigen Anforderungen zu ihrer Unterstützung nicht entsprechen, in andere verlegt werden sollen, wo sich das zu ihrem Gedeihen wesentliche Interesse offenbart, den Gedanken, die Gewerbeschule von Liegnitz nach Görlitz zu verlegen. Motive hierzu waren die Dürftigkeit der von der Stadt Liegnitz gewährten pekuniären Mittel, der Mangel an zweckmäßigen Lokalien, die schlechte Beschaffenheit der vorhandenen Räumlichkeiten, durch deren Feuchtigkeit Apparate, Lehrer und Schüler ungemein zu leiden hätten, endlich der Umstand, daß die meisten Schüler der königl. Gewerbeschule zu Liegnitz stets aus Görlitz und Umgegend gekommen wären, während die Stadt Liegnitz selbst nur ein höchst unbedeutendes Kontingent von Schülern gestellt hätte. Die größere Gewerbthätigkeit der Lausitz und die Bereitwilligkeit der Görlitzer Kommunalbehörden, industrielle Zwecke zu fördern, bestärkten die kgl. Regierung in der Idee der Verlegung der Liegnitzer Gewerbeschule nach Görlitz. — Inzwischen ward der Direktor der höheren Bürgerschule, Prof. Kaumann, um ein Gutachten darüber angegangen, inwiefern sich eine Verbindung der zu errichtenden Gewerbeschule mit der von ihm geleiteten Schulanstalt bewerkstelligen lasse. Sein unterm 1. Oktober pr. eingehendes Gutachten erklärte solche aus verschiedenen, insbesondere wohlmotivirten Gründen der Pädagogik für unthunlich. — Nach einem Referate des Magistratsmitgliedes, geh. Justizrath a. D. Starke, erklärte sich am 15. Januar 1851 die Schul-Deputation einstimmig dahin, die Errichtung einer Gewerbeschule den städtischen Behörden zu empfehlen, und der Magistrat schritt nunmehr thätig in den Verhandlungen vorwärts. Man setzte sich mit dem Abgeordneten des Görlitzer Wahlbezirkes, Stadtkämmerer Richtsteig, bei der 2ten Kammer in Berlin, ins Einvernehmen, und ging denselben an, die Sache in Berlin am geeigneten Orte persönlich zu betreiben, was denn auch mit günstigem Erfolge geschah. Herr Minister v. d. Heydt erklärte die Genehmigung hierzu unzweifelhaft, sobald die Stadt Görlitz a) das nöthige Lokal hergebe und einrichte, und b) die Hälfte des zur Institut-Unterhaltung erforderlichen Zuschusses übernehme. Unterm 7. April machte der Magistrat die Stadtverordneten hierauf aufmerksam, eben so unterm 25. April mit einem ausführlicheren Berichte des Abgeordneten Richtsteig, damit die Versammlung ihre Ansichten hierüber aussprechen und nun ungesäumt zu direkten Verhandlungen mit den Staatsbehörden geschritten werden könne. Die Versammlung behändigte mit einem Beschlusse vom 26. April d. J. dem Magistrate das von ihr acceptirte Gutachten ihrer Deputation, welches als Maximum der zu bewilligenden Summe 800 Thaler festsetzte. Hierauf gestützt ging unterm 30. April das offizielle Schreiben des Magistrats an den königl. Staatsminister v. d. Heydt ab. Ein Rescript der königl. Regierung zu Liegnitz vom 26. April äußerte sich direkt über die Idee der Verlegung des Gewerbe-Instituts von Liegnitz nach Görlitz, und stellte die von der Stadt Görlitz zu tragenden Kosten incl. Lokal rc. auf circa 800 Thlr. fest, im Falle nicht die städtischen Behörden von Liegnitz die verlangten Zuschüsse bewilligen würden; zugleich ging in Abschrift ein Rescript des Herrn Ministers v. d. Heydt vom 20. Oktober 1850 an alle königl. Regierungen ein, aus welchem die vom Minister festgehaltenen Grundsätze bei Errichtung von Provinzial-Gewerbeschulen erkennbar, und mit Vergnügen ersehen wurde, daß der Herr Minister bei Ueberwachung dieser Anstalten auch eine Vertretung der betreffenden Kommunen zugezogen wünsche. Ein Rescript des Herrn Ministers v. d. Heydt vom 13. Mai bestätigte die Berichte des Abgeordneten Richtsteig und meldete zugleich die Ankunft des Hrn. Direktors Druckenmüller vom königl. Gewerbe-Institute zu Berlin, welchem die Aufgabe obliege, das Nähere mit den städtischen Behörden zu berathen. Die betreffende Konferenz fand am 12. Juni statt und theilte zu Anfang derselben Herr Direktor Druckenmüller, mit welchem zugleich Hr. Regierungsrath v. Minutoli aus Liegnitz erschienen war, den Anwesenden mit, daß die Gewerbeschule in Liegnitz zufolge neuer Bewilligungen der dortigen Communalbehörden nicht eingehen werde. Die gleiche Betheiligung der Kommune mit dem Staate werde in der Bildung eines vom Direktor der Schule präsidirten Schulvorstandes bestehen, in welchen je zwei Mitglieder vom Staate und je zwei Mitglieder von der Stadt zu wählen seien. Dem Schulvorstande werde obliegen: a) die Veranschlagung des Etats; b) die Wahl der Lehrer; c) die Verwaltung der Schulkasse; d) die Angelegenheiten der Schulgeld-Erlasse; e) die Begutachtung des jährlichen Lektionsplanes. Man einigte sich in dieser Versammlung mit dem königl. Kommissarius vollständig und bemühte sich dann, ein passendes Lokal zu finden, das aber vorläufig nicht festzustellen war. Weitere Untersuchungen ergaben endlich, daß die erste Etage des in der Petersstraße belegenen, dem Kaufmann Gerste gehörigen Hauses, sich am zweckmäßigsten herausstelle und nun gingen sämmtliche Anträge und Berichte an die Versammlung der Stadtverordneten. Sie acceptirten gestern dieselben und übernahmen Namens der Stadt-Kommune die Verpflichtung: 1) die Hälfte aller zum Unterhalte der nach dem Organisationsplane vom 5. Juni 1850 nöthigen und nicht durch das Schulgeld zu deckenden Kosten übernehmen, und außerdem für Herstellung und Errichtung des Schul-Lokals sorgen zu wollen, wogegen die andere Hälfte der laufenden Kosten und außerdem ein angemessener Lehrapparat, bestehend in Zeichnenvorlegeblättern, physikalischen und chemischen Instrumenten und Apparaten für die Schule aus Staatsfonds gezahlt, resp. verschafft werde; 2) den Abschluß eines Mieth-Kontraktes mit dem Kaufmann Gerste. — Die Kosten sind auf 2000 Thlr. veranschlagt, wovon 700 Thlr. für den Direktor, 1000 Thlr. für je zwei Lehrer à 500 Thlr. und der Rest zur Unterhaltung, Vermehrung, Beheizung und Beleuchtung ausgeworfen ist. Das jährliche Schulgeld soll auf 10—12 Thlr. festgesetzt werden. An Räumen sind als dringend nöthig nachgewiesen: 1 Zeichnensaal für ca. 50 Schüler, 2 Lehrsäle zu je 25 Schülern, ein Lokal für die Apparate rc., ein chemisches Laboratorium mit großen Oefen, welches auf zehn Arbeitsplätze berechnet.

Mannigfaltiges.

— (Leipzig, 25. Juli.) Die Londoner Industrie-Ausstellung führt auch uns seltsame Gäste zu. Mit dem gestrigen Morgenzuge langte hier von Wien über Dresden ein Mohammedaner an, der, wie sich aus seinem Passe ergab, die Donau heraufgekommen war, um über Paris nach London zur Industrieausstellung zu reisen. Da er sich nicht dazu verstehen wollte, das Eisenbahnbillet zur Weiterreise zu bezahlen, mußte er sich vor der Hand einen kleinen Aufenthalt gefallen lassen. Er war nach seinem zu Konstantinopel ausgestellten Passe vom 11. April d. J. ein „Unterthan der Pforte", hieß Inayet-ben-Ali, sprach und verstand aber weder türkisch, noch persisch, noch arabisch, noch konnte er sich in irgend einer abendländischen Sprache ausdrücken. Ebenso vermochte er nicht, seine eigene Sprache zu schreiben. Sonach scheiterten alle von den jener Sprachen mächtigen Gelehrten unserer Universität angestellten Versuche, von ihm selbst etwas Näheres über seine Heimath und Verhältnisse zu erfahren. Diesen Umständen, sowie seiner dunkeln, schwärzlich-braunen Hautfarbe und seinem Gesichtsschnitte nach gehörte er offenbar einem jener kleinen, noch ziemlich unbekannten Stämme an, die an den Südausläufern des Kaukasus in den Landschaften Armeniens hausen. Sein Aeußeres verrieth namentlich den Bergbewohner, und vielleicht zählt er zu dem Volke der Lasen, das den gebirgigen Küstensaum am schwarzen Meere bewohnt. Inayet-ben-Ali präsentirte sich als hochgewachsener Mann in den besten Jahren, von kräftigem Körperbau und stolzer Haltung. Seine dunkeln Züge zeigten Energie, sein Blick war scharf und durchdringend. Nachdem die erste Besorgniß über seinen unfreiwilligen Aufenthalt verschwunden, sprach sich in dem Gesicht ziemlich unverhohlen Mißvergnügen aus. Auf dem Haupte trug er einen Turban, über den baumwollenen Beinkleidern einen weiten, malerisch zusammengefaßten, grobhärenen Mantel, an dem hinten eine lange weiße, mit in bunter Seide gestickten Schriftzeichen verzierte Kapuze herabhing. In der einen Hand führte er einen Rosenkranz, in der andern eine lange türkische Pfeife, die er am Munde hielt. Seiner imposanten Erscheinung entsprach übrigens die Fußbekleidung keineswegs. Sicherlich ist Inayet-ben-Ali ein angesehener, vielleicht sogar ein weiser Mann seines Stammes, den die Wißbegierde zur Industrieausstellung der Ungläubigen treibt, oder auch, wie im Orient nicht selten, ein Frommer, der mit einer Büßung klug eine Kultur- und Vergnügungsreise zu vereinigen weiß. Da sich ergab, daß dieser Sohn Asiens nicht aus Mangel an Mitteln, sondern nur aus weiser Sparsamkeit oder auch vielleicht nur im Vertrauen auf abendländische Gastfreundschaft die Entrichtung des Fahrgeldes anfangs verweigert hatte, so konnte er schon am Nachmittage, nachdem er der weltüblichen Sitte des Bezahlens genügt, ungehindert seine Reise nach dem Krystallpallaste Albions fortsetzen. (D. A. Z.)

— Am 26. Mai hat in Copiapo (Chili) um 1 Uhr 20 Minuten Nachmittags ein Erdbeben stattgehabt, welches noch viel stärker gewesen ist, ist das Erdbeben in Valparaiso am 2. April. Es dauerte zwei Minuten, gab sich in starken horizontalen Stößen von Norden nach Süden kund, und wiederholte sich mehrfach bis 8 Uhr Abends. In der Calle de Comercio ist kein Haus unbeschädigt geblieben. Das Wetter war während der Dauer des Erdbebens schön und heiter.

— [Bestrafung der Thierquälerei.] Der Breslauer Anzeiger vom 23. Juli d. J. schreibt aus Berlin: Der Polizeirichter hat kürzlich einen Fuhrmann, der beim Fahren über eine Brücke unbarmherzig auf sein Pferd losschlug, wegen dieser Thierquälerei zu einer Geldbuße von 5 Thaler, event. 8 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt. — Ein Anderer wurde zu derselben Strafe verurtheilt, weil er im Thiergarten mit einem Blaserohr nach Vögeln geschossen hat.

Markt-Preise.

Breslau am 28. Juli 1851

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	62	60	58	56	Sgr.
Gelber dito	61	60	58	56	"
Roggen . . .	41	40	38	36	"
Gerste . . .	32	30	29	28	"
Hafer	31	30	29	28	"
Raps	74	72	68	66	"
Winter-Rübsen	73	72	70	68	"
Spiritus . .	7⅙ Rtl. Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 26. Juli. Man zahlte zwar Anfangs der Börse für einzelne Effekten etwas bessere Preise, namentlich wurden Magdeburg-Wittenberger und Mecklenburger Eisenb.-Aktien merklich höher bezahlt, doch schloß es matter und eher offerirt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3⅓% 107 à 106⅞ bez., Priorität 5% 104¾ Br. Krakau-Oberschlesische 4% 84½ bez., Priorität 4% 87 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 37¼ bez. und Br., Priorität 5% 100 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 91 bez. und Gld., Priorität 4% 98 bez., Priorität 5% 103 Gld., Serie III. 5% 104½ Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 28 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 135¾ bez. und Br., Litt. B. 3½% 123 Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106⅝ Gld. Staats-Anleihe von 1850 4½% 104 Br. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88⅞ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 118½ Gld. Posener Pfandbriefe 4% 102½ Gl., 3½% 93 Gld. Preußische Bank-Antheile 99⅝ à ½ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 95 Gld., neue 4% 95 Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 84½ Gld., à 300 Fl. 143 Gld.

Wien, 26. Juli. 4½% Met. waren bei lebhafterm Verkehr höher begehrt und wurden auch über Notiz gemacht. Loose von 1839, Bank- und Dampfschiff-, Mailänder- und Oedenburger E.-B. waren ebenfalls besser begehrt. Nordbahn-E.-B.-Aktien variirten von 152½ bis 151¼. Valuten wenig verändert.

5% Metalliques 97⅛, 4½% 85⅝; Nordbahn 151⅝; Coupons 1¼; Hamburg 2 Monat 172¾; London 3 Monat 11. 31.; Silber 118½.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.